



## Nie war Deutschland mehr Bildungsrepublik als heute

Nie war Deutschland mehr Bildungsrepublik als heute  
Bundestag berät Bildungsbericht 2012  
Der Deutsche Bundestag berät am heutigen Freitag den Bildungsbericht 2012. Hierzu erklären der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Albert Rupprecht, und der zuständige Berichterstatter Marcus Weinberg:  
Albert Rupprecht: "Unsere konsequente Prioritätensetzung für Bildung und Forschung trägt Früchte. Wir haben im Bund die Mittel für Bildung und Forschung fast verdoppelt. Die Folgen: Nie zuvor gab es mehr Studienplätze, nie zuvor mehr Professoren und Personal an den Hochschulen und auch nie zuvor mehr Geld für BAföG und Stipendien als heute. Unsere Berufsbildungspolitik ist zudem der Grund für die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen. Denn nur durch hochwertige Bildung in der Breite unserer Gesellschaft und exzellente Forschung werden wir unseren Wohlstand dauerhaft bewahren können."  
Marcus Weinberg: "Außerdem haben wir die Bildungsbeteiligung erhöht. Auch für Migranten und Arbeiterkinder hat sich die Chance auf einen Abschluss und damit auf Teilhabe verbessert. Besonders wichtig ist uns in diesem Kontext die Qualität der frühkindlichen Bildung. Wir fördern daher die Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher, sorgen mit Forschung für die Verbesserung der frühen Sprachförderung und fördern mit dem Haus der kleinen Forscher die Neugier der Kinder. Schließlich arbeiten wir daran, dass genügend Angebote zur Verfügung stehen. Bei den Drei- bis Sechsjährigen ist der Besuch der Kita bereits die Regel, bei den unter Dreijährigen holen wir mächtig auf. Inzwischen stehen bundesweit schon für 28 Prozent der Kleinkinder Plätze zur Verfügung. Weitere sind im Bau. An diesen und anderen Ergebnissen des aktuellen Bildungsberichtes zeigt sich: Die Investitionen des Bundes in Bildung zahlen sich aus."  
Hintergrund:  
Der Bildungsbericht wird von Bund und Ländern gemeinsam gefördert. Er enthält eine Bestandsaufnahme über den Zustand des deutschen Bildungswesens - von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung. Er erscheint seit 2006 im Zweijahresrhythmus.  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
fraktion@cducsu.de  
[p://www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)  


### Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

### Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.